

General-Anzeiger

Elberfeld
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Raigebauer 50
Hauptpostamt Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Stahl)

Barmen
Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kernerweg 57
Hauptpostamt für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Englands neuer Reparationsplan.

GA London, 4. Juni. (Eig. Draht.) Die Arbeiten der englischen Sachverständigen des Reparationskomitees und des Ministeriums des Auswärtigen, die sich mit der Reparationsfrage befassen, gelten einer Wändlung des Bonar Law'schen Planes, an dessen Grundzügen man hier immer noch festhält. Es gilt in diesem neuen Entwurf, mit dem sich die Regierung für eine Kritik der bestehenden deutschen Reparationsforderungen, die die deutsche Zahlungsfähigkeit zu berücksichtigen, die, was auch hier an maßgebender Stelle anerkannt wird, erwiesenermaßen durch die Ruhrbesetzung vermindert ist, und ferner, die französischen Interessen gegen den Plan Bonar Law zu befriedigen.

Nach einer in Cirkularen verbreiteten Version, die der in diesen Fragen besonders gut unterrichtete „Observer“ bestätigt, wird ein fünfjähriger Zahlungsplan aufgestellt, der die Summe der Jahreszahlungen eine runde Ziffer von vierzig Milliarden Goldmark genannt. Um das Verlangen Frankreichs, Italiens und Belgiens nach baldigen größeren Zahlungen zu berücksichtigen, hat man hier anscheinend einen sehr komplizierten Plan sehr ernstlich erwogen, der aus bisher streng geheimgehaltenen Vorfällen des belgischen Sachverständigen Barthe mit dem englischen Ministerpräsidenten und den Sachverständigen hervorgeht. Dieser Plan sieht außer einem fünfjährigen Zahlungsausschuss eine gemeinsame französische, belgische, britische und amerikanische Kommission vor für die deutsche Reparationen und Sachleistungen, die zuerst ausschließlich für den Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens dienen sollen. Von dem Zeitpunkt an, wo die Gesamtzahlung hierfür erfüllt ist, soll England die zur völligen Tilgung seiner amerikanischen Schulden ein Vorkaufsrecht auf die deutschen Jahreszahlungen gewinnen. England würde die Schuld Frankreichs und Italiens streichen, und Deutschland müsste sich verpflichten, für die französischen Schulden an Amerika aufzukommen, wenn Amerika eine Vergütung der Tilgung der französischen Schuld fordern sollte. Die Gesamtverbindlichkeiten Deutschlands aus diesem Plan werden, wenn man annimmt, daß Deutschland Jahreszahlungen von einer Milliarde Goldmark leisten soll, bis 1932 auf rund 39 Milliarden geschätzt. Nach diesem Plan müsste England, wenn man annimmt, daß die Leistungen der Reparationskommission durch Anleihen aufgebracht werden, 35 Jahre auf deutsche Zahlungen warten.

In englischen Finanzkreisen bezeichnet man daher den Plan als eine für den englischen Steuerzahler vorzüglich eingeleitete Form eines etwaigen französischen Verzichts Englands auf Anteile an den deutschen Reparationen. Ein solcher Plan dürfte in den Kreisen des durch die Steuern schwerbelasteten englischen Mittelstandes bestenfalls auslösen, der sogar bis weit in die Reihen der Arbeiterpartei hinein lebhaften Widerspruch finden würde. Einer der hervorragenden wirtschaftlichen Sachverständigen der Arbeiterpartei erklärte in diesem Sinne: Wenn wir unserem Volke klarmachen wollen, daß es notwendig ist, daß England auf seine Anteile an deutschen Reparationen verzichten soll, so müssen wir unserem Volke zugleich Sicherheit bieten, daß dieser englische Verzicht den produktiven Schichten des deutschen Volkes zugute kommt und nicht einseitig die Lasten der bestehenden Klassen erleichtert, deren Schicksal unser Volk nicht interessiert. Der „Observer“, der Cirkularen sehr nahe steht, kommt dieser Auffassung im wesentlichen zu: Deutschland dürfte nicht erwarten, anders als durch Zahlung der Steuern seine Verpflichtungen erfüllen zu können. Große Anleihen können dafür auf einen Fall in Frage. In Deutschland seien im Laufe und seit dem Friedensschluß die Steuern noch teurer und die Armen noch ärmer geworden.

Bernünftige Worte aus England.

WTB London, 4. Juni. (Draht.) „Sunday Times“ und „Observer“ haben in ausführlichen Artikeln die Notwendigkeit der unverzüglichen Regelung der Ruhr- und Reparationsfrage durch die neue britische Regierung hervor. „Sunday Times“ erklären, die Hauptfrage, der sich die Welt und Europa und daher Deutschlands Regierung gegenüberstellen, sei die deutsche Frage. Bevor diese geregelt sei, könne keine Stabilität erreicht werden. Wenn eine europäische Atmosphäre abgemindert werden soll, so müsse eine rationelle Regelung in Deutschland stattfinden.

„Observer“ schreibt: England könne nicht länger mit gezähmten Händen vor dem europäischen Chaos stehen. Jedes Land fühle, daß die letzten Wochen einen neuen Versuch einleiten, um aus dem Chaos herauszukommen. Die britische Regierung wolle, daß sie ernsthafte Anstrengungen unternähme, um zu einer Regelung zu gelangen. Die Franzosen begannen einzusehen, daß die Rekonstruktion wirtschaftlicher Probleme nicht lösen könnten. Die britische Regierung wolle endlich eine Regelung und Stabilität nicht weniger.

Das Ruhrunternehmen habe von Anfang an zum Ende gefanden aus zweifelsfrei walt und blinder Zorn, es in der modernen Geschichte Europas in seinen Folgen beispiellos sei.

Verglichen mit dem, was Männer wie Poincaré und Briand vor sechs Monaten erwarteten, sei das Ergebnis ein wirtschaftliches Fiasko und eine politische Katastrophe gewesen. Die deutsche Zahlungsfähigkeit sei weiter vermindert worden. Poincaré habe das, Bolschewismus, Rot und Verderben gesetzt. Frankreich werde nie so viel erreichen, wie es erhalten hätte, wenn die Ruhrbesetzung nicht erfolgt wäre.

Rein Zusammenreffen Baldwin mit Poincaré.

GA London, 4. Juni. (Eig. Draht.) Ein amtlicher englischer Bericht in nachdrücklicher Form gegen die französische Behauptung, die der „Times“ gebracht hat, Stellung genommen. Baldwin habe die Absicht, in den nächsten Tagen nach Paris zu kommen. Ob eine interalliierte Aussprache über die nächste deutsche Rote zustande kommt, hängt nach englischer Auffassung — abgesehen von der Formulierung der nächsten deutschen Vorschläge — in erster Linie von der französischen belgischen Botschaft in Brüssel ab.

Eine mißglückte Verteidigungsrede Millerands.

Warum die Ruhr besetzt wurde. — Aus Furcht vor der deutschen Konkurrenz. In der Handelskammer von Metz wurde der Präsident Millerand von dem Präsidenten der Handelskammer, Humbert de Wendel, begrüßt, der in einer längeren Ansprache einen sehr genauen Bericht über die jetzige Situation der lothringischen Huttenindustrie gab. Herr de Wendel beklagte sich über die Konkurrenz des Saargebietes, die für Lothringen schädlich wäre. Die französische Industrie bringe große Opfer, aber das wirtschaftliche Leben Frankreichs könne nur durch die Besetzung der Ruhr gerettet werden. Deutschland, das durch die Ruhrbesetzung in seiner ganzen Wirtschaft gehemmt sei und diesen Zustand nicht lange aushalten werde. De Wendel hoffte, daß bei einer Beendigung des jetzigen Konflikts auf die Bedürfnisse der lothringischen Industrie Rücksicht genommen werde.

Millerand erklärte in seiner Antwort Herrn de Wendel zu Gefallen, daß die Besetzung des Saargebietes nicht auf den Rat oder die Anordnung großer Industrieunternehmen unternommen worden sei. Der Besatzung sei viel einfacher. Wir haben dieses Gebiet besetzt, weil wir nicht bezagt wurden und weil wir unser Geld haben wollten. Wir waren zu dieser Aktion gezwungen, weil Deutschland unsere Industrie zum Stillstand brachte, während seine eigene Industrie sich gewaltig entwickelte. (1) Diese ungenutzten Vermögenswerte wollten wir nicht länger dulden. Hätten wir das Ruhrgebiet nicht besetzt, dann würde die lothringische Industrie noch ganz anders zu leiden gehabt haben. Durch die deutsche Konkurrenz wäre eine Krise entstanden, welche viel schlimmer gewesen wäre als die, über welche Lothringen jetzt zu klagen hat. Nach diesen Worten, die beinahe so klingen, als hätte Herr de Wendel etwas lauter gesagt, als die französischen Berichte melben, erklärte der Präsident in den hergebrachten Worten, daß Frankreich ein Plan habe und beabsichtige, bis Zahlungen erfolgt seien. Wenn die Zahlungen ein Ende erreichten, an denen Deutschland über Wille und Deutschlands Unzuverlässigkeit die Schuld tragen, dann werde die Ruhrsache auf einmal erledigt und nur noch die Aufgabe der deutschen Leistungen erübrige.

Daß die Absicht der Eroberung der deutschen Konkurrenz einer der Hauptgründe für die Ruhrbesetzung war, ging u. A. schon aus dem Geheimverträge Darlaes und vielen anderen französischen Publikationen hervor. Doch auch dem Präsidenten der Republik ein Verständnis in dieser Richtung entzogen ist. Weib bemerktenswerth.

Sie glauben ihm nicht.

GA Paris, 4. Juni. (Eig. Draht.) Die industrielle Zeitungs „L'Aliment“ berichtet, in den Kreisen der französischen Großindustrie sei man etwas übermäßig über die Ziffern, die Poincaré bei der Darlegung der Ergebnisse der Ruhraktion in der Kammer genannt habe. Man bezweifle die Behauptung, daß die Ruhrbesetzung sich beständig verbessere und womöglich den normalen Bedarf decke, und daß, bevor, daß die Ziffern für Mai sogar etwas ungünstiger seien, als die Aprilziffern. Das Blatt stellt fest, daß die französische Ruhrbesetzung, allen beruhigenden Erklärungen des Ministers zum Trotz, so lange einen mehr oder weniger großen Verlust betrage aufweisen wird, wie die Einigung mit Deutschland nicht erfolgt ist.

In dem Bericht der Untersuchungskommission der französischen Kammer über die Ruhrbesetzung waren die Forderungen des von Frankreich aus dem Ruhrgebiet abtransportierten Rohes mit 11000 Tonnen pro Tag angegeben. Poincaré hat sich im Vortage der Kammer etwas vorsichtiger geäußert, indem er erklärte, die täglich verladene

Mengen seien von 1000 Tonnen Ende März nach und nach auf 8000, 9000 und 11000 Tonnen gestiegen. Wie die französische Regierung dabei das eigene Variieren und die öffentliche Meinung täuscht, das zeigt eine von der mit der Verteilung der Ruhrbesetzung betrauten Vertol, tung der zerstörten Städte veröffentlichte offizielle Statistik. Danach haben sich die in Frankreich aus dem Ruhrgebiet abtransportierten Rohstoffe belaufen: Februar 700 Tonnen pro Tag, März 1717, April 4108 und Mai 5300 Tonnen. Von offizieller Seite ist weiterhin behauptet worden, daß mit den gegenwärtig erreichten Mengen der Bedarf der Industrie, der sich im Durchschnitt auf 6000 Tonnen täglich beläuft, mehr als gedeckt sei. — Die „Journée Industrielle“, das Organ der französischen Schwerindustrie, die es wissen muß, bezieht jedoch diese Angabe auf das endgültige Ergebnis. Man müsse sich fragen, auf welche Berechnungen diese Ziffern aufgebaut seien, und wozu solche offenkundigen Übertreibungen dienen sollten. Deutschland werde man damit nicht täuschen können.

Reichswirtschaftsminister Feder berichtigt Poincarés Übertreibungen.

WTB Berlin, 3. Juni. (Draht.) Der Reichswirtschaftsminister Feder, in dem sich der Minister mit den bekannten und richtigen Behauptungen, die Poincaré jüngst in der Kammer aufgestellt und seitdem dem öffentlichen Raum verbreitet hat, beschäftigt. Das Interview gilt insbesondere dem Bericht Poincarés, das französische und belgische Vorgehen an der Ruhr als legal und mit dem Vertrag über die Ruhrbesetzung im Einklang zu sein. Feder erklärt, daß das Vorgehen an der Ruhr als legal und mit dem Vertrag über die Ruhrbesetzung im Einklang zu sein. Feder erklärt, daß das Vorgehen an der Ruhr als legal und mit dem Vertrag über die Ruhrbesetzung im Einklang zu sein.

Amerika

„ungeheure Friedensschlacht“.

GA Paris, 3. Juni. (Eig. Draht.) Bei der Einweihung des französisch-amerikanischen Kriegsgedenkmals in Cheumont, an der der Präsident der französischen Republik, der Ministerpräsident, der amerikanische Botschafter in Paris und zahlreiche eingeladene offizielle Persönlichkeiten teilnahmen, verlas der amerikanische Botschafter in englischer Sprache eine Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die sofort von dem Präsidenten des Departements Haumez ins Französische übersetzt wurde. Es heißt in der Botschaft: Mit großem Vergnügen habe ich den Botschafter Herrid gebeten, an der Einweihung dieses Denkmals teilzunehmen. Auf dem Boden, auf dem die Söhne der Vereinigten Staaten Frankreichs gekämpft haben und ihre größte Anstrengung für die Sache der Freiheit geleistet und mit ihrem Blute besiegelt haben, möge diese große Freundschaft erneuert werden und mit den Jahren zunehmen.

Darauf erging der Botschafter der Vereinigten Staaten, Herrid, das Wort. Er führte aus, die Gefahren, die jetzt drohen, seien verschieden von denen, die früher vorhanden waren, aber sie seien ebenso groß. Die Verantwortung, die auf die Schultern der Führer in dieser „ungeheuren Friedensschlacht“ zu liegen, gegenwärtig gelagert werde, sei, sei ebenso groß wie die der Generale während des Krieges. Von dem Ausgang dieser Friedensschlacht hänge die Ruhe der Welt ab, und nicht nur der Sieger, sondern auch der Besiegte.

Englands Druck in der Saarfrage.

Frankreich

wird die Verordnung aufheben.

TU Berlin, 4. Juni. (Draht.) In einer Unterredung, die der französische Botschafter in London mit dem englischen Außenminister Lord Curzon hatte und in der der französische Botschafter der englischen Regierung mündlich die Antwort auf die englische Note in der Saarangelegenheit überbrachte, erklärte der französische Botschafter, daß eine Untersuchungskommission für das Saargebiet, wie sie England vorschlägt, mit den Rechten, die Frankreich aus dem Friedensverträge von Versailles ausliehen, in Widerspruch stünde. Nachdem sich die Lage im Saargebiet beruhigt habe, sei die Möglichkeit gegeben, die demängelt Verordnung wesentlich abzuändern oder auch ganz zurückzuziehen.

Maßnahmen gegen den Markverfall.

Aufhebung des freien Devisenhandels?

GA Berlin, 3. Juni. (Eig. Draht.) Im Reichsfinanzministerium fanden heute mit Vertretern der Berliner Bankwelt Besprechungen über die Frage statt, wie man der ungeheuerlichen Markentwertung Einhalt gebieten könne. Die Besprechungen wurden heute noch nicht abgeschlossen und werden fortgesetzt. Man scheint entschlossen zu sein, den bereits mehrfach erwähnten Weg zu gehen, den freien Devisenhandel ganz aufzuheben und die neue Devisenordnung scharf durchzuführen.

Kommunistische Politik und Wirtschaft in Russland.

Fr. Elberfeld, 2. Juni.

Wenn auch die gerade in den letzten Tagen aufgedeckten Pläne und die Mitwirkung von kommunistischen Kräften bei den Kommunisten im Ruhrgebiet die deutsche Sympathie für die Sowjetrepublik nicht haben wachsen lassen, so ist dennoch die Kenntnis der russischen Zustände von Vorteil. Einmal, um den politischen Gegner und zum andern, um den wirtschaftlichen Verbündeten kennen zu lernen. Insofern hat auch der bei der Generalversammlung des Deutsch-Osteuropäischen Wirtschaftsverbandes der russischen in Elberfeld von dem früheren Vertreter des Deutschen Reichs bei der Sowjetregierung, Ministerialdirektor Geheimrat Prof. Dr. Wiedenfeld gehaltene Vortrag über die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen Interesse für weitere Kreise. Für den Deutsch-Osteuropäischen Wirtschaftsverband, dessen Mitglieder starke wirtschaftliche Interessen mit Rußland verbinden, lag das besondere Interesse in den derzeitigen Ausfuhrmöglichkeiten und in den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die eine Befriedung der russischen Massen, darunter der Auslands-Deutsche, der am 15. August 1923 beginnenden allrussischen landwirtschaftlichen und Heimindustrie-Ausstellung in Moskau bietet.

Geheimrat Wiedenfeld ging in seinen Ausführungen davon aus, daß Politik und Wirtschaft zwar enge Zusammenhänge aufweisen, aber trotzdem niemals dasselbe bedeuten und daß starke Gefahren darin liegen, wenn die Politik sich nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten richtet oder wenn die Wirtschaft von rein politischen Gesichtspunkten dirigiert wird. In Rußland ist dieser Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft so eng geworden, daß man die Betrachtung des Staatslebens und Staatsaufbaus nicht trennen kann von Darlegungen, welche sich mit der russischen Wirtschaft befassen. Politik und Wirtschaft sind in Sowjetrußland identisch und gerade insofern dieser Identifizierung bewahrt werden soll, daß die alte Sage von der Befragung, die durch die Leitung der Wirtschaft nach rein politischen Gesichtspunkten entsteht. Wiedenfeld gab dann einen Auszug des russischen Staatsaufbaus, wie er sich aus dem Räte-System und der kommunistischen Partei ergibt. Vornehmend war dabei die Verteilung, von einer wie kleinen Anzahl von Räten das 120 Millionen Einwohner zählende russische Reich beherrscht wird, und zwar mit einer diktatorischen und absoluten Herrschaft, wie sie unter dem Zarenregiment nicht hätte schärfer sein können. Die kommunistische Partei Rußlands selbst zählt nach der im Winter 1921/22 vorgenommenen Reinigung etwa eine halbe Million Köpfe, und davon sind nur etwa 25000 bis 30000 politisch aktiv leitende Mitglieder, die sowohl die Staats- wie die Parteiorgane in der Hand haben.

Auch der nur einmal im Jahre für 14 Tage zusammengetretene Rätekongress ist nicht entscheidend. Er spielt mit verteilten Rollen, läßt zum Schein auch die Vertreter der sogenannten Parteiführer zu, hat eine besetzte Opposition, die von der Regierung des öfteren zur näheren Darlegung ihrer Ansichten verwandt wird. Wichtiger ist dagegen der zweibis viermal tagende allgemeine Parteikongress, der eine wichtige Opposition hat, von dem aber nur dasjenige an die Öffentlichkeit kommt, was man dem Volke mitteilen will für gut befindet. Entschieden ist das Exekutivkomitee (Politburo) der kommunistischen Partei, bei welcher Gesetzgebung und Verwaltung durchzudenken. Auch sein Vorkommen der Räte, der die Stellung eines Staatspräsidenten hat, hat mehr die repräsentative als die wirkliche Macht, die bei dem Vorkommen der kommunistischen Partei, bei Lenin und seinen Räten liegt. Träger der Politik ist das politische Bureau der kommunistischen Partei, in welchem Lenin, Trotski, Kader usw. sitzen. Durch alle Organisationen zieht sich aber das Räte-System, durch Staat, Wirtschaft, Kommunalwesen, und es ist in wirtschaftlichen Dingen so erschwern, daß sich auch Lenin und Trotski dagegen angeschlossen haben, so daß Lenin zu dem Ausspruch kam, die Diktatur des Proletariats sei nur ein Schlagwort, wenn sie sich auf einer Diktatur über das Proletariat aufbaue. Bei 25000 bis 30000 aktiven Köpfen sind dazu noch so wenige Führer, daß das politische Bureau alles machen muß.

Daß ein wirtschaftlicher Betrieb nicht geführt werden kann, wenn an seiner Spitze Betriebsräte stehen, daher Lenin und Kameneff ausgesprochen. Sie sind auch der Ansicht, daß eine starke Leitung durch einen Kopf erste Bedingung ist, und daß die Arbeiterräte ihre Aufgabe nur in einer großen Kontrolle der Arbeits- und Wirtschaftsaufgaben haben. Manchmal muß auch zur Durchführung der Betriebsanordnungen die Trojka mit dem Revolutionären Verhalten. Die auf die Kommunisten zurückzuführenden Verhörungen der Wirtschaft bezeichnete Wiedenfeld als verhältnismäßig sehr gering. Das zerstörende Element, das die Landwirtschaft und die industriellen Werte zum Erliegen gebracht hat, war nicht die kommunistische Politik, sondern die vorhergehenden Räte der russischen Industriearmeen eines Brangel, Lenin usw. Dagegen haben sich die Kommunisten absolut unfähig gezeigt, das im Krieg zerstörte wieder aufzubauen und die auf Kriegseigen umgestellten Industrien wieder auf die Erzeugung von Friedensmaterial umzustellen. Die letzten Reste der landwirtschaftlichen Produktion wurden durch das kommunistische System der Vertreibung von Lebensmitteln zerstört, und erst im Jahre 1922, nach

forth, I

Nach der
pigen Aktion
unter dem
für Willeng
zehn Jahre
genommen
Doll. gegen
laßte, bei
159 606 687
Der Brutto
Doll. angeg

M
Gerta H

Hattinge

St

Die sa-
ger Anteil
meiner lie-
Mutter, S-
mutter, S-
Tante hal-
Wir s-
unsern he-

Namen
terbliebene
Hu
Elberfeld.

Gedä
schlaflosigkeit
hände, Schw
ez. (Praxiser
Krebs, Mag
recha. 3-6

Die Arbeits-
punkt 99 u.
erfahrung
ubau/strebe
ben werden.
usseth liegt
itungsgebäude
nsicht aus.

Dr. 3509

Freimillion

Ent erh. fr
Ent erh. M
Bischofne P

Eltern, ca. 4
 Schulaben.
 8 u. 2½ Br
 läge, 1 Tafel
 mit Gemisch.
 toffkasten
 Tisch, fl. St
 Wandregale,
 1 m. Tisch

verschiedene
flüchtigung n
n 2—3 Uhr.
ward Sam
Lapator, Be
3908. —
werden fl

Zeit. 23

enting, den
 rigere in De
 nber:
 ompl. Rade:
 Blett, Anri
 Beale;
 Salzman:
 Dr. Kleiberf
 Cif, Stahl

Kanitz

Kapita
m Buppert
haus, 2 1/2 €
bäude gegen
reß Baum
feld, Riefelf

Verkäufe

15-Berlau
 derselb. Dist
 tr. 11a, G
 u. Wohnha
 ostraum zu v
 und geteilt.
 Windhövel,
 11a

Gästehaus,
4 Etod. 73.
72b. 20.

69. 1. Stg.
aschinen
tr.-Motoren
4. 6 und 7
b. 8. Plätsche

Motoren,
fliegt. Dreie

1. montiert
 2. 10.000
 3. 10.000
 4. 10.000
 5. 10.000
 6. 10.000
 7. 10.000
 8. 10.000
 9. 10.000
 10. 10.000
 11. 10.000
 12. 10.000
 13. 10.000
 14. 10.000
 15. 10.000
 16. 10.000
 17. 10.000
 18. 10.000
 19. 10.000
 20. 10.000
 21. 10.000
 22. 10.000
 23. 10.000
 24. 10.000
 25. 10.000
 26. 10.000
 27. 10.000
 28. 10.000
 29. 10.000
 30. 10.000
 31. 10.000
 32. 10.000
 33. 10.000
 34. 10.000
 35. 10.000
 36. 10.000
 37. 10.000
 38. 10.000
 39. 10.000
 40. 10.000
 41. 10.000
 42. 10.000
 43. 10.000
 44. 10.000
 45. 10.000
 46. 10.000
 47. 10.000
 48. 10.000
 49. 10.000
 50. 10.000
 51. 10.000
 52. 10.000
 53. 10.000
 54. 10.000
 55. 10.000
 56. 10.000
 57. 10.000
 58. 10.000
 59. 10.000
 60. 10.000
 61. 10.000
 62. 10.000
 63. 10.000
 64. 10.000
 65. 10.000
 66. 10.000
 67. 10.000
 68. 10.000
 69. 10.000
 70. 10.000
 71. 10.000
 72. 10.000
 73. 10.000
 74. 10.000
 75. 10.000
 76. 10.000
 77. 10.000
 78. 10.000
 79. 10.000
 80. 10.000
 81. 10.000
 82. 10.000
 83. 10.000
 84. 10.000
 85. 10.000
 86. 10.000
 87. 10.000
 88. 10.000
 89. 10.000
 90. 10.000
 91. 10.000
 92. 10.000
 93. 10.000
 94. 10.000
 95. 10.000
 96. 10.000
 97. 10.000
 98. 10.000
 99. 10.000
 100. 10.000

Original
See 2. 2. 05

7. 8. 1942. 3424

ist heute die denkbar billigste und verteilhafteste Hand-Waschseife überhaupt, drum: „Bims die Hände mit Abrador!“

Knackigen
 der 1 mm 88
 breit) 350
 Familienange
 Geben gefud
 Stellen
 88 (71 mm

Hauptge
Berufpre
.....
Das m

Q.A. Be
der Hbf
wort auf
mächte est
führer murt

demokratischen,
und die De-
beß Dofum
ins Bild ge-
felbftverftänd
hoch fcheint

haben, auf
summe u
rung de
ien. Diese
nalen S
Die Haronti

WTB. Lon

...ung ihre
problem neu
erklärt, daß
britischen
ung erwart
gierung und
einer...

GA. Ponder
Times" fünf
en in den G

Die kom
GA. London
diplomatische
beschäftigt sic
affilierten Rep

Internationalen
Grund haben
Blattes rich
tungen
ein und dan
tionen mi

Boine
Barthou und
GA. Marie

Boincare am 1. April
amtslich be-
in gewisses Au-
le anfänglich
gemeinsame
ungs-Program

hen Delegation
sonstigen Persön
ranzösisch-engli
an der Ruhr
Finanzminister,
en, der Rheinl
Deputierte der

der Ingenieur-
eine Reihe von
Im Minister
abend erklärt, m
hou und Sehb
auf die Frage

FZ Paris, 5. 1.
Abdruck, mit dem
stehende 1.
tage und damit
er Rudrpolit
dabei offenbar
über, ist in W

in in der Frage
warienden deutl
und Belgien
tillierung
stetse Widerspruch
enden Organe
sollen suchen, da
lierten, anzu

...sonne,
...wachen. Der spr
...ung sei, welche
...tischen Regier
...igabe des
...werde. Gri
...ung nicht, ob
...sigen darüber

General
O.A. London.
diplomatische
bestätigt